

Zur Wirtschaftslage:

Ölkrise — Gefahr für die Weltkonjunktur?	531
Weltölmarkt im Zeichen der Golfkrise	534
Gespaltene Wirtschaftsentwicklung in Deutschland	537
Konsumnachfrage weiter auf hohem Niveau ...	540

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 38/90

Berlin

20. September 1990

2. Ex

57. Jahrgang

Zur Wirtschaftslage

Ölkrise — Gefahr für die Weltkonjunktur?

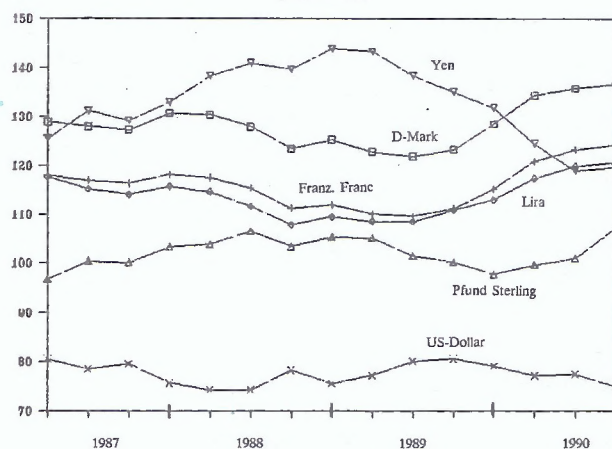
Die weltwirtschaftliche Entwicklung wird gegenwärtig vom Geschehen in der Golfregion überschattet. Es stellt sich die Frage, ob diese Ereignisse anhaltende Ölpreiserhöhungen in einem Ausmaß zur Folge haben, daß es wie nach den vorangegangenen Ölkrisen in den siebziger Jahren zu einer weltwirtschaftlichen Rezession kommt. Dies hängt einmal davon ab, wie sich die Golfkrise weiter entwickelt, zum anderen aber auch davon, wie robust die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung in den einzelnen Wirtschaftsräumen gegenwärtig ist.

Anders als 1973 und 1978, also vor Ausbruch der Ölkrisen, als sich die Expansion des realen Sozialprodukts in den westlichen Industrieländern beschleunigte, hat sie sich gegenwärtig bereits abgeschwächt. Zudem war das Expansionstempo in den Industrieländern insgesamt 1973 sehr kräftig und 1978 etwas höher als heute. Allerdings war damals der Inflationsdruck bei größerer Anspannung auf den Güter- und Arbeitsmärkten stärker. Überdies wurde die Konjunktur in Westeuropa im Unterschied zu heute mehr vom privaten Verbrauch als von den Investitionen getragen.

Für die Beurteilung der jetzigen Situation ist von Bedeutung, daß sich die Expansion in den einzelnen Wirtschaftsräumen in sehr unterschiedlichem Maße abgeschwächt hat. Am stärksten war die Verlangsamung in den USA. Bereits im vergangenen Jahr verminderte sich hier die Zunahme des realen Sozialprodukts erheblich. Dies war insbesondere die Folge einer restriktiven Geldpolitik, bei der die Expansion der Geldmenge fühlbar verringert wurde, um einer sich anbahnenden Beschleunigung des Preisauftriebs entgegenzuwirken. Zwar strebte

auch die Finanzpolitik einen restriktiven Kurs zur Verminderung des Haushaltsdefizits an. Sonderfaktoren, wie die desolante Lage der auf Stützung angewiesenen Sparkassen, hinderten sie jedoch daran, ihn einzuschlagen. Das Staatsdefizit erhöhte sich sogar wieder, weil die Steuereinnahmen konjunkturbedingt nur noch verlangsamt zunahmen. Von der konjunkturellen Abschwächung wurden sowohl der private Verbrauch als auch die Investitionen erfaßt. Am stärksten wurden die Wohnungsbauinvestitionen getroffen, sie gingen bereits zurück.

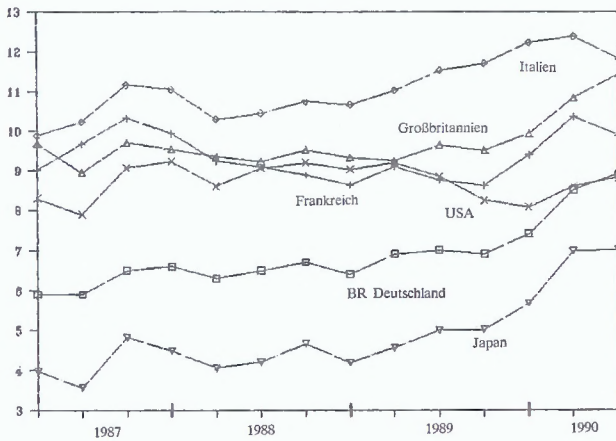
Bewegung der Kurse ausgewählter Währungen gegenüber SZR¹⁾ 1985 = 100



1) Sonderziehungsrechte des internationalen Währungsfonds.

Quelle: IMF, International Financial Statistics.

Entwicklung der langfristigen Zinssätze¹⁾

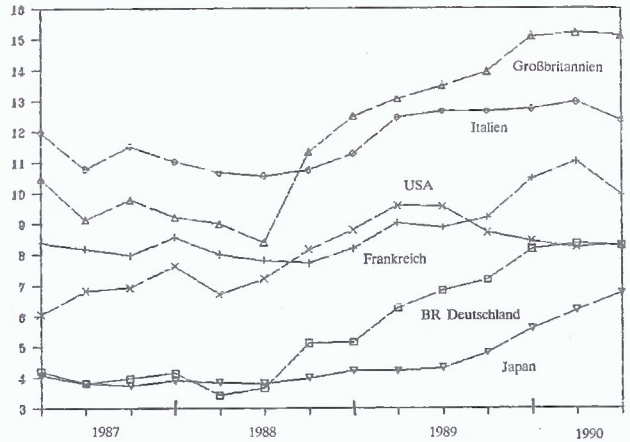


¹⁾ Von 10jährigen Staatspapieren.

Quelle: OECD, Main Economic Indicators.

DIW 90

Entwicklung der kurzfristigen Zinssätze¹⁾



¹⁾ Von 3Monats-Schatzwechseln.

Quelle: OECD, Main Economic Indicators.

DIW 90

Hatte die restriktive Geldpolitik zunächst eine Erhöhung der kurzfristigen Zinssätze zur Folge, so sanken diese wieder, als sich die Konjunktur abschwächte. Dies blieb nicht ohne Rückwirkungen auf die Entwicklung des Dollarkurses, zumal die Zinssätze in vielen anderen Industrieländern zunächst noch eine steigende Tendenz aufwiesen. Der Dollarkurs, der sich in den beiden vergangenen Jahren stabilisiert hatte, sank in diesem Jahr erneut. Dadurch wurde zwar die amerikanische Wettbewerbsfähigkeit — zumindest auf kürzere Sicht — verbessert, was den Export, der nach wie vor am stärksten expandiert, weiterhin begünstigt. Jedoch erhöhte sich damit wie auch mit den Ölpreissteigerungen die Gefahr einer erneuten Beschleunigung des Preisauftriebs, und dies erschwert eine fühlbare Lockerung der Geldpolitik zur Anregung der Konjunktur.

In Westeuropa zeigt sich insgesamt die Tendenz zu einer leichten Abschwächung des Wirtschaftswachstums. Die positiven Erwartungen, die auch durch die Schaffung des Europäischen Binnenmarktes und durch die Reformen in Osteuropa hervorgerufen worden waren, wurden in den letzten Monaten etwas gedämpft. Vor allem werden die wirtschaftlichen Möglichkeiten Osteuropas kurzfristig als begrenzt eingeschätzt. Gleichwohl weisen einige westeuropäische Länder weiterhin ein kräftiges Wirtschaftswachstum auf. Zu den nur schwach expandierenden Ländern gehören Großbritannien und die skandinavischen Volkswirtschaften.

Der Preisanstieg hat sich insgesamt in Grenzen gehalten. Hier und da war er geringfügig stärker als zuvor, zumeist allerdings unverändert. Dagegen sind die Lohnstückkosten im Verlaufe dieses Jahres in vielen Ländern verstärkt gestiegen. Die Gewerkschaften haben im Gefolge anhaltend guter Konjunktur und einer verbesserten Lage am Arbeitsmarkt vielfach einen höheren Lohnan-

stieg durchsetzen können, so daß der Druck in Richtung auf eine Verstärkung des Preisanstiegs zunehmen wird. Hierzu werden auch die spürbar gestiegenen Ölpreise beitragen, vor allem wenn die Krise am Golf sich weiter zuspitzen sollte.

Einige Länder haben daher schon erste Schritte zu einer restriktiveren Budget- und Geldpolitik eingeleitet. Vielfach sind in der jüngsten Zeit die Zinsen gestiegen. So nimmt die Unsicherheit über den zukünftigen konjunkturellen Verlauf zu.

Die japanische Wirtschaft befand sich im Sommer 1990 in einer andauernden Phase der Hochkonjunktur. Die gewerblichen Investitionen expandierten nach wie vor kräftig, und die Entwicklung des privaten Verbrauchs blieb — auch infolge der hohen Bonuszahlungen an die Arbeitnehmer zur Jahresmitte — robust. Die Warenausfuhr nahm merklich zu; hier machte sich die deutliche reale Abwertung des Yen bemerkbar. Die Preisentwicklung gibt nun erste Anzeichen für eine Überhitzung der Konjunktur. Die Notenbank setzte ihren restriktiven Kurs daher fort und erhöhte Ende August als Reaktion auf den Ölpreisschock nochmals den Diskontsatz, um dem befürchteten allgemeinen Preisschub vorzubeugen. Im weiteren Verlauf des Jahres dürfte die Bremswirkung der Geldpolitik allmählich spürbarer werden. Anhaltspunkte dafür gibt die Entwicklung der Industrieproduktion und des Investitionsklima-Index.

Kommt es nicht zu einer zusätzlichen Belastung der wirtschaftlichen Entwicklung durch eine Verschärfung der Golfkrise, so könnte sich das gesamtwirtschaftliche Wachstum in Westeuropa und Japan im bisherigen Tempo fortsetzen.

Aber auch in den USA dürfte es dann kaum zu einer Rezession kommen. Einmal wird sich beim jetzigen Dollarkurs die Zunahme des Exports wieder verstärken. Zum

anderen ist damit zu rechnen, daß bei einem Ausbleiben beträchtlicher Ölpreissteigerungen die Geldpolitik wieder etwas mehr konjunkturstützend wirken wird, auch wenn die Gefahr einer abwertungsbedingten Beschleunigung des Preisauftriebs noch nicht gebannt ist. Die Inlands-komponenten des Sozialprodukts dürften deshalb in der zweiten Hälfte dieses Jahres wieder etwas mehr zunehmen. Allerdings haben sich die Probleme der Haushaltskonsolidierung wieder derart vergrößert, daß von der Finanzpolitik retardierende Einflüsse ausgehen werden. Die gesamtwirtschaftliche Expansion wird deshalb in absehbarer Zukunft keinesfalls stürmisch sein.

Wenn sich die Golfkrise längere Zeit hinzieht, sind die Aussichten für die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft schlechter. In diesem Fall ist damit zu rechnen, daß sich der Ölpreis auf einem relativ hohen Niveau halten wird. Hierauf geht der folgende Bericht über die Lage an den Ölmärkten näher ein. Allerdings ist für sich genommen ein Zusammenhang zwischen gestiegenen Ölpreisen und einer sich verschlechternden Konjunktur in den ölimportierenden Ländern keineswegs zwangsläufig. Denkbar ist auch ein Verlauf, bei dem länger anhaltende Ölpreissteigerungen keine Konjunkturabschwächung nach sich ziehen. Dies setzte allerdings ein der Situation angemessenes wirtschaftliches und wirtschaftspolitisches Verhalten voraus, wie es kaum zu erwarten ist. Ölpreissteigerungen, die im ersten Schritt den Preisauftrieb beschleunigen, dürften weder einen verstärkten Lohnanstieg zur

Folge haben, noch zu einer Verschärfung des geldpolitischen Kurses führen. Überdies müßten die Ölländer ihren vermehrten Deviseneinnahmen entsprechend zusätzlich Güter aus den ölabhängigen Ländern importieren. Damit käme ein verstärkter Realtransfer in die Ölländer, also eine Umschichtung der Produktion von der Deckung des heimischen zur Deckung des Bedarfs dieser Länder, zustande, und es entstünde keine Absorptionslücke in den Industrieländern.

In den vorangegangenen Ölkrisen wurden alle diese Bedingungen nicht erfüllt. Insbesondere verschärfte die Geldpolitik ihren monetären Kurs, um damit einer Beschleunigung des Lohnauftriebs entgegenzuwirken. Auch entstand zunächst eine Absorptionslücke. Die Folge war, daß die Weltwirtschaft nach beiden Ölpreiskrisen zwar nicht sofort, aber mit Verzögerung in eine Rezession abglitt. Auch diesmal ist eine Entwicklung nicht auszuschließen, bei der zumindest die USA eine Rezession und Westeuropa sowie Japan eine spürbare Wachstumsabschwächung hinnehmen müßten. Das bisher noch gute Investitionsklima würde sich dann weltweit verschlechtern, und der Welthandel würde stärker beeinträchtigt, als es den Boykottmaßnahmen gegen den Irak und ihren indirekten Folgewirkungen in den Nachbarländern unvermeidbar entspräche. Sollte es gelingen, den Ölpreis unter 30 \$ je Faß zu halten, dann könnten die Industrieländer allerdings diesmal vor einem starken Konjunktуреinbruch bewahrt bleiben.

Weltölmarkt im Zeichen der Golfkrise

Die Annexion von Kuwait durch den Irak und das in Reaktion darauf verhängte Handelsembargo der Vereinten Nationen haben dazu geführt, daß dem Weltölmarkt kurzfristig etwa 4 Mill. Faß Rohöl pro Tag entzogen worden und die Ölpreise stark gestiegen sind. Obwohl die ausgefallenen Ölmengen wohl weitgehend ersetzt werden, dürften die Ölpreise aufgrund der damit verbundenen Veränderungen in der Struktur und den Kosten des weltweiten Ölaufkommens sowie einer spekulativ überhöhten Nachfrage kurzfristig relativ hoch bleiben.

Machtverlagerung innerhalb der OPEC?

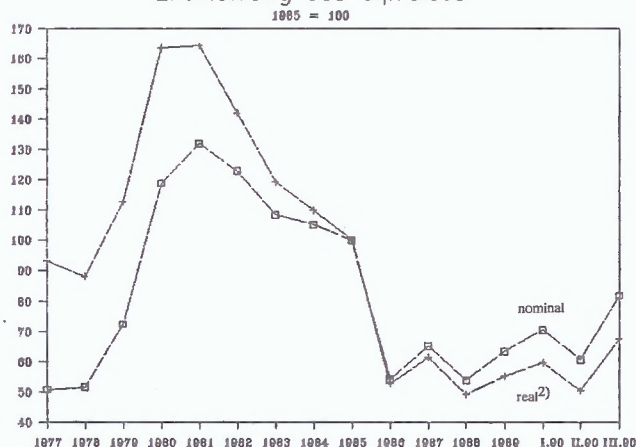
Der Irak und Kuwait hatten Ende 1989 Ölreserven von insgesamt 197 Mrd. Faß; mit ihren derzeit installierten Anlagen können sie täglich bis zu 6,1 Mill. Faß Öl gewinnen und davon bis zu 1 Mill. Faß verarbeiten. Zusammen verfügen diese beiden Länder nach Saudi-Arabien¹ über die weltweit größten Ölreserven. Würden beide Länder gemeinsam mit Iran eine einheitliche Ölstrategie verfolgen, so könnten sie die Preisentwicklung auf den internationalen Ölmärkten erheblich beeinflussen. Die Ölreserven dieser drei Länder übertrafen Ende 1989 mit 290 Mrd. Faß (ohne Neutrale Zone zwischen Saudi-Arabien und Kuwait) diejenigen Saudi-Arabiens um 30 Mrd. Faß; sie hatten damit einen Anteil von knapp 29 vH an den weltweit nachgewiesenen Ölreserven. Die Raffineriekapazitäten von Irak, Kuwait und Iran sind mit zusammen 1,7 Mill. Faß pro Tag etwa so groß wie diejenigen Saudi-Arabiens². Ihr Anteil an den weltweiten Raffineriekapazitäten von 55,9 Mill. Faß pro Tag³ bliebe mit knapp 3 vH gering. Würde auch Saudi-Arabien politisch vom Irak abhängig, so wäre aufgrund der Interessenlage des bevölkerungsreichen Irak mit höheren Ölpreisen zu rechnen als im Falle einer weitgehend durch Saudi-Arabien bestimmten Politik der OPEC.

Dialog zwischen Verbraucher- und Erzeugerländern notwendig

Aufgrund des massiven militärischen Aufmarsches der USA in der Golf-Region und der internationalen Unterstützung dieser Aktion ist die Gefahr, daß der Irak eine politisch-militärische Vormachtstellung in dieser Region erringt und sie zu einer aggressiven Ölpreispolitik nutzt, zunächst gebannt. Militärische Auseinandersetzungen würden mit Sicherheit Schäden in der Ölindustrie der Golfregion und damit auch starke Ölpreissteigerungen zur Folge haben. Bei einem lange anhaltenden politischen Konflikt würden gegenläufige Einflüsse auf den Ölpreis wirken. Einerseits könnte es zu einer Spaltung der OPEC kommen, was auf längere Sicht eher preisdämpfend wirken könnte. Andererseits dürften die Industrieländer — vor allem die USA — künftig wieder verstärkt auf teurere einheimische Ölquellen zurückzugreifen.

Die in Konfrontation zum Irak stehenden Ölförderländer erbringen in der derzeitigen Versorgungskrise den Nach-

Entwicklung des Ölpreises¹⁾



1) Durchschnittswerte bei Importen der IEA-Länder auf Dollarbasis. 2) Bereinigt um die Verbraucherpreise.

Quellen: OECD, International Energy Agency: Energy, Prices and Taxes; VWD (Vereinigte Wirtschaftsdienste GmbH), MONTAN; Berechnungen des DIW. DIW 90

weis, daß sie bereit sind, weltwirtschaftliche Verantwortung zu tragen. Die Industrieländer werden daher künftig bei der Konzeption ihrer Energiestrategien die Interessen dieser Länder berücksichtigen müssen. Der Dialog zwischen diesen Ölförderländern und den Verbraucherländern dürfte sich in den kommenden Jahren verstärken. Auch die Ölpreisentwicklung könnte dadurch wieder stärker politischen Einflüssen ausgesetzt sein.

Langfristige Versorgungslage

Die weltweite Versorgung mit Öl ist insbesondere durch folgende Ausgangssituation und Tendenzen gekennzeichnet:

¹ Die entsprechenden Daten für Saudi-Arabien lauten 258 Mrd. Faß sowie 7,75 bzw. 1,73 Mill. Faß pro Tag. Vgl.: Petroleum Intelligence Weekly, August 6, 1990, S. 4.

² Ebenda. Der Spielraum einer solchen Gruppierung für Produktions- und Exporteinschränkungen mit dem Ziel, die Ölpreise zu erhöhen, wäre allerdings aufgrund des vergleichsweise hohen inländischen Verbrauchs in den relativ bevölkerungsreichen Ländern Irak und Iran etwas reduziert.

³ Vgl. BP: BP Statistical Review of World Energy. London, June 1990, S. 14.

- Von Ende 1985 bis Ende 1989 haben die weltweit nachgewiesenen Ölreserven von 708 auf 1012 Mrd. Faß zugenommen. Ein großer Teil dieses Zuwachses ist allerdings auf eine Höherbewertung bereits bekannter Lagerstätten zurückzuführen, die im Jahr 1987 vorgenommen worden ist (vor allem in Iran, Irak, Abu Dhabi und Venezuela). Die Restnutzungsdauer der Ölreserven bei konstanter Produktion ist in den achtziger Jahren weltweit stark gestiegen und beträgt heute über 40 Jahre.
- Die Entwicklung der Ölversorgung in den letzten fünf Jahren ist entscheidend durch den Ölpreisverfall im Jahr 1986 bestimmt worden.
- Der Weltölverbrauch ist seit 1985 um jahresdurchschnittlich 2,3 vH bzw. um insgesamt 5,6 Mill. Faß pro Tag gestiegen.
- Die Ölgewinnung in den USA ging im gleichen Zeitraum um 1,37 Mill. und in Kanada um 0,09 Mill. Faß pro Tag zurück. Produktionssteigerungen in anderen Regionen außerhalb der OPEC — vor allem in Afrika, Asien und Lateinamerika — haben diese Produktionsrückgänge zwar etwa ausgeglichen, der weltweite Mehrverbrauch mußte aber im wesentlichen durch die OPEC gedeckt werden⁴.
- Während die Ölgewinnungskapazität der OPEC seit Mitte der achtziger Jahre etwa unverändert groß geblieben ist — sie wird für das Jahr 1990 (einschließlich Irak und Kuwait) auf 27,4 Mill. Faß pro Tag geschätzt —, ist die Produktion der OPEC von etwa 15 Mill. (1985) auf 23,5 Mill. Faß pro Tag (erstes Halbjahr 1990) gestiegen. Die Auslastung der Produktionskapazitäten der OPEC hat sich dabei von etwa 50 vH auf über 80 vH erhöht. Sie war vor Verhängung des Handelsembargos gegen den Irak und Kuwait höher als im Jahr 1978⁵, vor Ausbruch der zweiten Ölpreisexplosion.
- Vor der irakischen Invasion in Kuwait erschien es angesichts relativ niedriger Ölpreise ungewiß, ob die OPEC ausreichend investieren würde, um die bis Mitte der neunziger Jahre erwarteten weltweiten Verbrauchssteigerungen decken zu können. Angesichts der dann nur noch geringen Kapazitätsreserven war spätestens zu diesem Zeitpunkt erneut mit deutlichen Preiserhöhungen zu rechnen, bei Versorgungsstörungen auch früher.
- Innerhalb der OPEC besteht ein Interessenkonflikt zwischen Ländern mit geringer Bevölkerung und hohen Ölreserven einerseits (insbesondere Saudi-Arabien und Kuwait) und Ländern mit größeren Bevölkerungszahlen und geringeren Ölreserven andererseits. Während Saudi-Arabien auf längere Sicht eine Maximierung seiner Erlöse bei einem durchschnittlichen Preis für OPEC-Öl von etwa 20 Dollar je Faß erreichen dürfte, ist diese Schwelle für die bevölkerungsreichen Förderländer und für die OPEC insgesamt wohl deutlich höher⁶.

- Die Substitution von Öl ist heute im Vergleich zur Situation nach der zweiten Ölpreiskrise Ende der siebziger Jahre dadurch erschwert, daß der Anteil des Öls am Welt-Primärenergieverbrauch von 1979 bis 1989 von 45 auf 39 vH gesunken ist und kostengünstige Möglichkeiten zur Öleinsparung bereits genutzt werden. Außerdem stößt heute sowohl der Bau von Kernenergie- als auch von Kohlekraftwerken auf Widerstände und Probleme.

Insgesamt haben die von 1986 bis Mitte 1990 sehr niedrigen Ölpreise dazu geführt, daß die schnell mobilisierbaren Reserven knapp sind, so daß bei größeren Versorgungsstörungen mit deutlichen Preissteigerungen gerechnet werden muß.

Kurzfristige Versorgungssituation

Durch das Handelsembargo gegen den Irak wird dem Weltölmarkt ein Volumen von etwa 4,25 Mill. Faß pro Tag entzogen. Grundsätzlich stehen ausreichende Kapazitäten zur Verfügung, um die dadurch entstandene Lücke zu füllen. Für einen Zeitraum von dreißig Tagen können kurzfristig Produktionssteigerungen in anderen Ländern von 4,2 bis 5,3 Mill. Faß pro Tag erreicht werden. Für mindestens neunzig Tage sind Produktionskapazitäten von 3,6 bis 4,35 Mill. Faß pro Tag mobilisierbar. Die größte Produktionssteigerung ist in Saudi-Arabien (2,1 bis 2,3 Mill. Faß pro Tag) und in Venezuela (500 bis 750 Tsd. Faß pro Tag) möglich. Erhebliche Beiträge können auch Libyen, Iran, VAE und Indonesien leisten⁷. Gewisse Probleme entstehen bei der Verarbeitung der zusätzlichen Ölmengen, weil diese nicht die gleichen Spezifikationen aufweisen. Nach Schätzungen des Petroleum Intelligence Weekly dürfte die OPEC-Rohölproduktion ohne Irak und Kuwait von 19,5 Mill. Faß pro Tag im August 1990 auf 21,25 im September und auf 21,85 im Oktober gesteigert werden. Im Dezember könnte sich die Produktion bei etwas mehr als 22 Mill. Faß pro Tag einpendeln. Diese Produktionserhöhungen werden angesichts des geringen Steigerungspotentials außerhalb der OPEC wohl nicht ausreichen, um den Weltölbedarf im vierten Quartal dieses Jahres, der etwa 54 Mill. Faß pro Tag betragen dürfte, voll aus der laufenden Produktion zu decken. Demzufolge müßten im vierten Quartal die Ölbestände etwas abgebaut werden⁸.

⁴ Ebenda, S. 4 f.

⁵ Vgl. Petroleum Intelligence Weekly, March 12, 1990, S. 6.

⁶ Vgl. Petroleum Intelligence Weekly, May 21, 1990, S. 4.

⁷ Vgl. Petroleum Intelligence Weekly, 13. August 1990, S. 6 f. Iran hat zwar erklärt, daß er seine Ölförderung nicht erhöhen wird, bevor die IEA ihre strategischen Lagerbestände nutzt, hat aber bereits seine Produktion etwas gesteigert.

⁸ Petroleum Intelligence Weekly, August 27, 1990, S. 1 u. 4.

Das Potential für Öleinsparungen durch Verbrauchseinschränkungen und durch Substitution von Öl durch andere Energieträger wird bei anhaltend hohen Preisen (um 30 Dollar je Faß) auf kurzfristig 0,5 bis 1 Mill. Faß pro Tag geschätzt.

Strategische Reserven auch nutzen

Die weltweit angelegten kommerziellen und strategischen Erdölvorräte liegen zur Zeit bei 5,3 Mrd. Faß; davon entfallen 3,7 Mrd. auf Mindestvorräte, 730 Mill. auf weitere kommerzielle und 850 Mill. auf strategische Reserven⁹. Die über die Mindestvorräte hinausgehenden kommerziellen Reserven reichen aus, um die gesamten ausgefallenen Lieferungen aus Irak und Kuwait für fast ein halbes Jahr zu ersetzen. Es muß allerdings damit gerechnet werden, daß Unternehmen wie Verbraucher angesichts der Gefahr weiterer Preiseskalation zusätzliche Reserven bilden werden, was die befürchtete Entwicklung herbeiführen könnte, auch wenn es zunächst nicht zu militärischen Auseinandersetzungen oder Sabotageaktionen käme.

Die in der Internationalen Energieagentur (IEA) zusammengeschlossenen Länder haben es bisher abgelehnt, den Ausfall der Öllieferungen aus dem Irak und aus Kuwait als „erhebliche Versorgungsstörung“ zu betrachten, die eine Freigabe strategischer Ölvorräte begründen könnte. Angesichts der Möglichkeit einer militärischen Eskalation mit der Folge des Ausfalls weiterer Produktionskapazitäten insbesondere in Saudi-Arabien (insgesamt liegen Lieferkapazitäten von insgesamt 13 Mill. Faß pro Tag in der Reichweite der Waffen des Irak¹⁰) ist diese Position vertretbar. Andererseits besteht die Gefahr, daß eine erneute Ölpreiskrise Rezessionstendenzen in einigen Ländern hervorruft oder ölimportierende Entwicklungsländer in Zahlungsschwierigkeiten bringt und damit die weltwirtschaftliche Entwicklung destabilisiert. Die IEA sollte daher nicht nur auf die großen kommerziellen Reserven hinweisen, sondern außerdem ankündigen, daß sie bei weiteren Mengenverknappungen oder Ölpreisteigerungen — auf über 30 Dollar je Faß Rohöl — strategische Reserven auf den Markt werfen wird. Bereits eine solche Ankündigung könnte beruhigend wirken und spekulative Preisteigerungen dämpfen.

⁹ Vgl. VWD-Energie vom 27. 8. 90, S. 17.

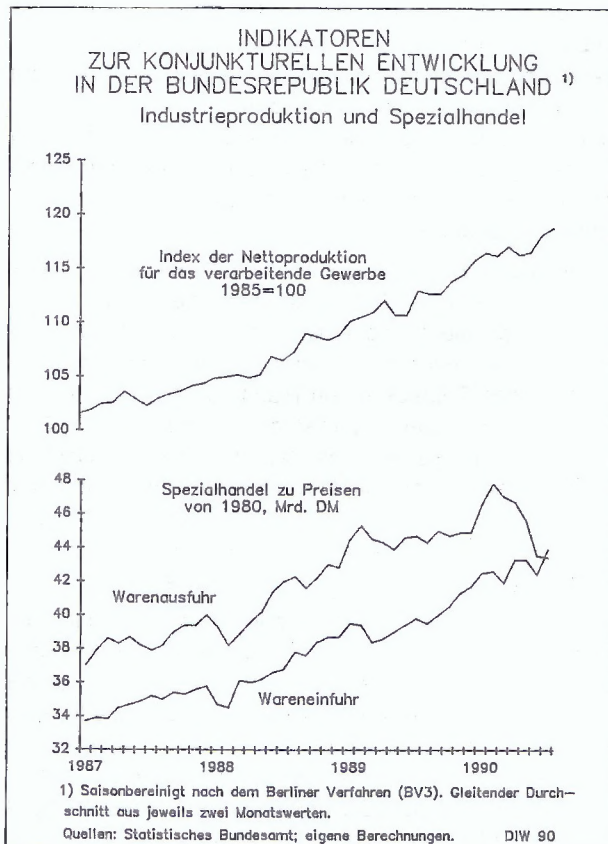
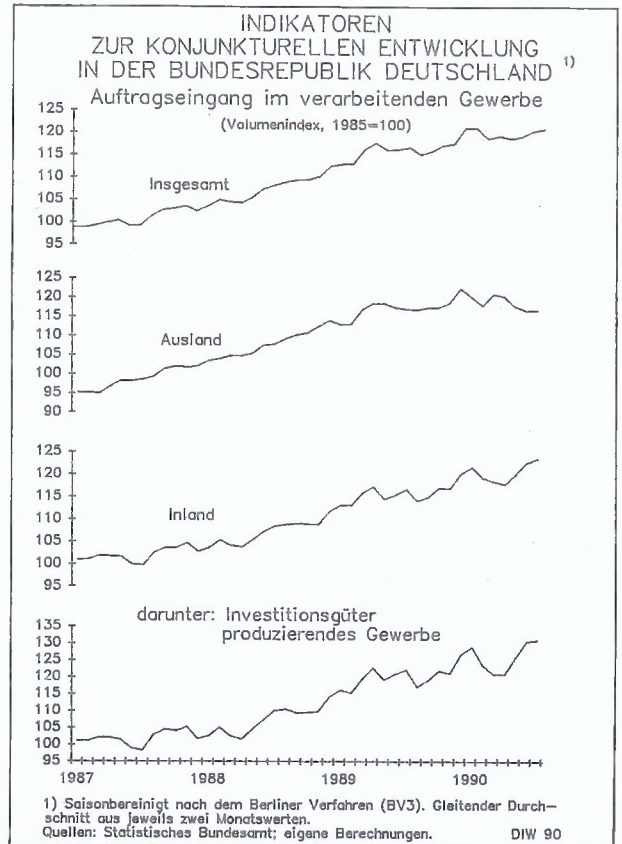
¹⁰ Vgl. Petroleum Intelligence Weekly, August 27, 1990, S. 6.

Gespaltene Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

Kurz vor der politischen Vereinigung der beiden deutschen Staaten ist deren wirtschaftliche Situation durch krasse Unterschiede geprägt. Einer nahezu ungebrochenen Expansion von Nachfrage und Produktion in der Bundesrepublik steht ein tiefer Einbruch in der DDR gegenüber. Er ist zurückzuführen auf die ausgeprägte Wettbewerbsschwäche der Industrie der DDR bei einer noch schwachen Aufwärtsentwicklung von Handel und Dienstleistungen.

Bundesrepublik: Verändertes Muster des Aufschwungs

Die konjunkturelle Dynamik in der Bundesrepublik war von Anfang 1988 an von der lebhaften Nachfrage des Auslands insbesondere nach Investitionsgütern getragen. Seit Beginn dieses Jahres ist das anders. Der Auftragseingang aus dem Ausland und die Ausfuhr zeigen eindeutige Schwächetendenzen. Erstmals seit 1980 war im Juli der Ursprungswert der Wareneinfuhr¹ zu konstanten Preisen kleiner als der der Einfuhr (Schaubild). Die Gründe dafür, das zeigt das regionale Muster der Ausfuhr-entwicklung klar, liegen vor allem in der konjunkturellen



Beruhigung in den angelsächsischen Ländern und im starken Rückgang der Exporte in die Staatshandelsländer. Hinzu kommt die reale Aufwertung der D-Mark, die die Wettbewerbsposition der deutschen Exporteure verschlechtert.

Die Schwäche der Auslandsnachfrage wird für die Bundesrepublik ausgeglichen von der neuen Dynamik, die sich innerhalb Deutschlands entwickelt hat. Der Nachfrageschub aus der DDR hat vor allem in der Konsumgüterindustrie der Bundesrepublik eine starke Expansion der Produktion gebracht². Das hat wiederum eine lebhafte inländische Investitionsnachfrage induziert. Zur Mitte dieses Jahres liegt der inländische Auftragseingang im Investitionsgütergewerbe preisbereinigt um fast 15 vH über dem entsprechenden Vorjahreswert (Schaubild).

Die kräftige Inlandsnachfrage in der Bundesrepublik³ wird mehr und mehr durch Rückgriff auf das Angebot des Weltmarktes befriedigt. Die realen Importe sind kräftig gestiegen. Diese Entwicklung ist durchweg positiv zu beur-

¹ Ohne Ausfuhr in die DDR.

² Vgl. den entsprechenden Bericht in diesem Heft.

³ Darin enthalten sind auch Käufe von DDR-Bürgern und Unternehmen aus der DDR.

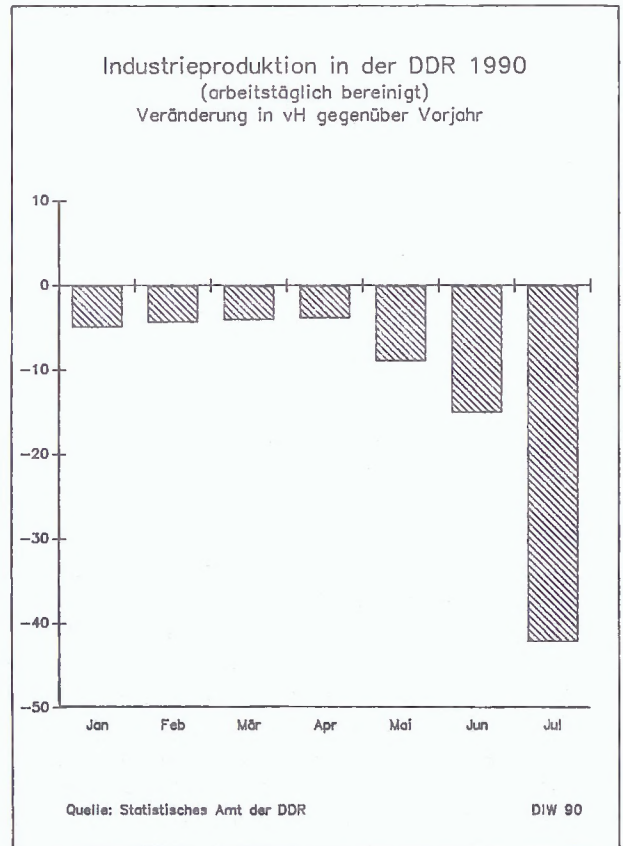
teilen. Der rasche Anstieg der Importe wirkt einer Überlastung der inländischen Produktionskapazitäten entgegen und dämpft damit die Gefahr eines konjunkturellen Preisauftriebs. In den Partnerländern führt dies zu steigenden Einkommen und zunehmender Beschäftigung. Ohne Berücksichtigung des jüngsten Ölpreisanstiegs ist der Preisauftrieb in der Bundesrepublik weit geringer, als von den meisten Beobachtern erwartet wurde. Zusammen mit der deutlichen Abschwächung der Exporttätigkeit trägt die Importdynamik aber auch dazu bei, daß sich der in den vergangenen Jahren international häufig kritisierte Aufbau der Nettoforderungsposition der Bundesrepublik gegenüber dem Ausland verlangsamt. Der Leistungsbilanzüberschuß im Währungsgebiet der D-Mark dürfte in diesem Jahr um etwa 30 Mrd. DM geringer sein als 1989. In gleicher Höhe sinkt der Nettokapitalexport. Auf diese Weise beteiligt sich das Ausland indirekt an der Finanzierung der Kosten der deutschen Einheit. Die Tilgung der in den vergangenen Jahren kumulierten Verschuldung des Auslandes bei der Bundesrepublik beginnt aber per Saldo erst, wenn die Bundesrepublik Nettokapitalimporteur wird, d.h., Leistungsbilanzdefizite aufweist. Davon sind wir noch weit entfernt.

DDR: Drastischer Anstieg der Arbeitslosigkeit

Die wirtschaftliche Situation in der DDR hat sich nach Beginn der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion noch einmal dramatisch verschlechtert. Die industrielle Produktion ist im Juli fast um die Hälfte gegenüber dem Vorjahreswert gesunken (Schaubild). Zwar gibt es auch Anzeichen dafür, daß die Zahl der Beschäftigten im Handel und in den privaten Dienstleistungsbereichen in der DDR zunimmt. Insgesamt sind Arbeitslosigkeit und vor allem Kurzarbeit in der kurzen Zeit aber weit stärker gestiegen, als viele Beobachter erwartet hatten. Etwa 20 vH der Beschäftigten sind in der einen oder anderen Form von Einschränkungen der Erwerbstätigkeit betroffen.

Es wäre fatal, wenn die wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger diese Signale einer krisenhaften Entwicklung der DDR-Wirtschaft mißdeuten oder gar beiseite schieben würden. Die Diagnose für die DDR-Wirtschaft ist eindeutig: Massiver Nachfrageausfall vor allem in solchen Bereichen, in denen die Konsumenten ihren Nachholbedarf an Waren westlicher Herkunft gedeckt haben. Weder Kostenniveau noch Produktpalette haben die Produzenten in der DDR bisher dem Weltmarktniveau anpassen können. Belastend kommt hinzu, daß es vielfältige institutionelle und administrative Hemmnisse bei der Umsetzung von neuen Aktivitäten gibt.

Dieser vorhersehbaren Entwicklung hätte schon längst durch Mobilisierung solcher Segmente der Nachfrage entgegenwirkt werden müssen, in denen in erster Linie



die öffentlichen Haushalte in der Bundesrepublik als Finanziers gefordert sind. Massive Investitionen in allen Bereichen der Infrastruktur und in die Rekonstruktion der Städte hätten auf den Weg gebracht werden müssen. Dann hätte sich das Beschäftigungsproblem nicht in der Schärfe gestellt wie jetzt. Gleichzeitig wären mit einem solchen Programm auch Hemmnisse für private Investoren abgebaut worden.

Sofortiges Handeln der Wirtschaftspolitik ist unumgänglich, weil eine Ursachentherapie kurzfristig weitgehend ausscheidet. Die Ausschöpfung von Rationalisierungsmöglichkeiten in den Betrieben, der Umbau der Produktion, das Entdecken von Marktnischen, die gesamte Modernisierung des Kapitalstocks, all das braucht Zeit, ohne daß zunächst eine ins Gewicht fallende Entlastung am Arbeitsmarkt zustande kommt. Um den sich selbst verstärkenden Einbruch der Wirtschaft in der DDR abzu-bremsen, ist unmittelbar nach dem Beitritt ein ganzes Bündel von Maßnahmen in Kraft zu setzen.

Unabhängig von diesem Termin ist es notwendig, den ordnungspolitischen Rahmen im Gebiet der DDR weiter-zuentwickeln und für eine effiziente Umsetzung durch die Administration zu sorgen. Darüber hinaus ist die Schlagkraft der Treuhandanstalt, die sich in vielen Fällen als der Engpaßfaktor für Umstrukturierungsmaßnahmen erweist, zu erhöhen. Eine schnelle und spürbare Verbesserung ist hierdurch allein aber nicht zu erwarten.

Schnell zu verwirklichen wäre dagegen folgendes Maßnahmenbündel:

- Vollständige Streichung der Altschulden der Betriebe zum 1. 10. 1990⁴. Einzelfallprüfungen kosten nur Zeit mit sehr ungewissen Erfolgsaussichten.
- Verlängerung der Absicherung von Liquiditätskrediten durch die Treuhandanstalt bis 1. Januar 1991 verbunden mit dem Ziel, die Prüfung der Kreditfähigkeit der Unternehmen mehr und mehr auf die Banken zu verlagern.
- Schaffung der finanziellen Voraussetzungen für eine massive Ausweitung von Infrastrukturmaßnahmen in den Ländern und Gemeinden. Dies ist ohne eine Absicherung der im Einigungsvertrag vorgesehenen Regelung für die Finanzierung von Ländern und Gemeinden in der DDR nicht zu erreichen⁵.
- Steuervergünstigungen und Finanzierungshilfen für Investitionen in der DDR für eine Reihe von Jahren.
- Absicherung des Handels der DDR mit den osteuropäischen Ländern über den 1.1.1991 hinaus. Angesichts des Drucks des Weltmarktangebots in praktisch allen Bereichen der Industrie der DDR sollte der Osthandel der DDR mit Hilfe von — im Zeitablauf sinkenden — Subventionen dort gestützt werden, wo die traditionellen Handelsbeziehungen noch bestehen.
- Ein solches Maßnahmenpaket muß von einem Stillhalteabkommen auf der Lohnseite flankiert werden. Wenn zusätzliche wirtschaftspolitische Maßnahmen die Kostensituation der Unternehmen verbessern helfen sollen, dürfen sie nicht zum Anlaß für neue Lohnforderungen genommen werden. Die bisherige Erfahrung bei den Lohnverhandlungen in der DDR zeigt, daß

beide Seiten allzu schnell im Vertrauen auf Stützungsmaßnahmen des Staates oder die Absicherung durch das soziale Netz eine realwirtschaftlich nicht abgesicherte rasche Anpassung an das westdeutsche Lohnniveau anstreben. Nimmt man die Ergebnisse aller Abschlüsse zusammen, dürften in diesem Jahr die Tariflöhne um fast 20 vH höher als vor einem Jahr sein.

Um ein solches Bündel von Maßnahmen zu verwirklichen, ist eine konzertierte Aktion, zu deren Erfolg alle Beteiligten ihren Beitrag leisten müssen, für das Gebiet der DDR unumgänglich.

Aber selbst wenn ein solches Maßnahmenbündel schnell auf den Weg gebracht würde, ist nicht zu erwarten, daß die Strukturkrise der Wirtschaft der DDR so rasch überwunden werden kann, daß Folgeprobleme wie Langzeitarbeitslosigkeit und damit verbundene Dequalifikation von Arbeitnehmern ganz ausbleiben. Auch dafür ist Vorsorge zu treffen.

Die Krise der DDR und der ungebrochene Aufschwung in der Bundesrepublik führen mit großer Sicherheit dazu, daß auch weiterhin viele Menschen von Ost- nach Westdeutschland übersiedeln. Aktuelle Informationen dazu stehen aber nicht mehr zur Verfügung. Die Abwanderung von qualifizierten Arbeitskräften könnte sich als die schwerste Hypothek für den Wiederaufbau der industriellen Basis auf dem Gebiet der DDR erweisen.

⁴ Vgl. Alt-Schulden der DDR-Betriebe: Streichung unumgänglich. Bearb.: Reinhard Pohl. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 36/1990.

⁵ Vgl. dazu den in der nächsten Woche erscheinenden Wochenbericht Nr. 39 des DIW zur Lage der öffentlichen Haushalte in Deutschland.

Konsumnachfrage weiter auf hohem Niveau

Der private Verbrauch in der Bundesrepublik Deutschland im zweiten Quartal 1990¹

Der Schwung der Verbrauchsnachfrage zu Beginn dieses Jahres hielt auch im zweiten Quartal an, obwohl das hohe Tempo erwartungsgemäß nicht gehalten werden konnte. Mit einem realen Zuwachs von 0,7 vH wurde das Niveau vom entsprechenden Vorjahreszeitraum um 4½ vH übertroffen. Die reale Expansion wurde durch unerwartet geringe Preissteigerungen begünstigt. Vor allem dank der Verbilligung von Importwaren — Kraftstoffe waren um 2 vH, Heizöl sogar um 11 vH billiger als im Vorquartal² — war der Preisauftrieb bei Konsumgütern nur mäßig, der Abstand zum Vorjahr mit 2 vH um einen halben Prozentpunkt geringer als im Quartal zuvor.

Die expansive Entwicklung seit Jahresbeginn ist vor allem auf die Anfang 1990 in Kraft getretenen Steuerentlastungen zurückzuführen. Die überaus regen Käufe von DDR-Bürgern in der Bundesrepublik schlugen sich zwar im Ergebnis der Konsumgüter anbietenden Wirtschaftsbereiche — in erster Linie beim Einzelhandel — nieder, berührten dagegen nicht den privaten Verbrauch in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung³.

Die lebhafte Nachfrage von Verbrauchern aus der DDR in der Bundesrepublik wird besonders in dem kräftigen Anstieg des realen Einzelhandelsumsatzes gegenüber dem ersten Jahresviertel (1 vH) sichtbar. Auf die Schwerpunkte der Kaufwünsche weisen die weit überdurchschnittlichen Mehrumsätze in einigen Einzelhandelsbranchen hin (Lebensmittel, elektrotechnische Erzeugnisse, Oberbekleidung u.a.). Für den Einzelhandel insgesamt errechnet sich im Vergleich zum Vorjahr — ebenso wie im Jahresanfangsquartal — ein preisbereinigter Umsatzzuwachs von knapp 6 vH; eine Halbjahresbilanz in dieser Größenordnung war zuletzt Anfang der siebziger Jahre erreicht worden.

Bedarfsbereiche

Zu den Stützen der Verbrauchsentwicklung im Berichtszeitraum zählte vor allem der Verwendungszweck *Nahrungs- und Genußmittel*, bei dem Mehrausgaben von 2 1/2 vH — Vorjahresvergleich gut 7 vH — zu Buche standen. Allerdings ging hier die reale Nachfrageausweitung um knapp 2 vH mit relativ kräftigen Preissteigerungen einher, die im Durchschnitt dieses Bedarfsbereiches (Vorjahresabstand 3 vH) merklich höher waren als die allgemeine Verteuerung der Lebenshaltung. Zu nennen sind dabei in erster Linie die gegenüber dem Vorjahr spürbar höheren Preise bei Saisonnahrungsmitteln (9 vH) und Fleisch (8 vH).

Die Nachfrage nach *Kleidung und Schuhen* war schon im ersten Jahresviertel außerordentlich kräftig. Dieses Niveau konnte nicht nur gehalten, sondern sogar noch erhöht werden (real 1 vH). Die günstige Nachfragesituation macht der Vorjahresvergleich anschaulich, der ein reales Plus von 6½ vH bei nur mäßigem Preisanstieg (1 vH) ausweist.

Die Ausgaben für *Wohnungsmieten* expandierten mit 1½ vH (Abstand zum Vorjahr 6 vH) deutlich stärker als die gesamten Konsumausgaben. In diesem Ergebnis schlugen sich neben dem Plus bei der realen Komponente (Fertigstellung von Wohnungen) um knapp 1 vH vor allem Mieterhöhungen nieder; der entsprechende Preisindex war im Berichtszeitraum um gut 3 vH höher als vor Jahresfrist.

Die Ausgaben für *Haushaltsenergie* beanspruchten das Budget der privaten Verbraucher trotz eines mengenmäßigen Zuwachses von 1 vH weniger als im ersten Viertel dieses Jahres (–1 1/2 vH). Ausschlaggebend dafür war der im zweiten Quartal um fast 2 vH geringere Durchschnittspreis für Haushaltsenergie, zurückzuführen auf die stark rückläufigen Heizölpreise (11 vH). Diese günstige Marktsituation nutzten die privaten Haushalte zu einer kräftigen Aufstockung ihrer Ölvorräte, wie die reale Mehrnachfrage von 35 vH gegenüber dem Vorjahr deutlich macht.

Die lebhafte Nachfrage nach Gütern der *Haushaltsführung* seit der Jahresmitte 1989 setzte sich fort, auch wenn das hohe Expansionstempo vom ersten Jahresviertel nicht gehalten werden konnte. Mit einem realen Plus von rund 1 vH wurde das Vorjahresniveau um fast 6 vH übertroffen. Innerhalb dieses Bedarfsbereiches ragte der erhebliche Nachfrageanstieg bei Haushaltsgroßgeräten (Waschmaschinen, Kühlschränke u.a.) heraus; hier wurde der reale Vorjahresabsatz um 8 1/2 vH übertroffen. Dagegen verlor die seit langem rege Möbelnachfrage etwas an Schwung (+2 1/2 vH).

¹ Analysiert werden in diesem Bericht — soweit nicht anders gekennzeichnet — saisonbereinigte Zeitreihen. Die Saisonbereinigung wurde nach dem Berliner Verfahren (BV3) vorgenommen.

² Vgl. Kräftige Expansion der Inlandsnachfrage in der Bundesrepublik Deutschland. Die ersten Ergebnisse der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für das zweite Quartal 1990. Bearb.: Karin Müller-Krumholz. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 33/1990, S. 460 ff.

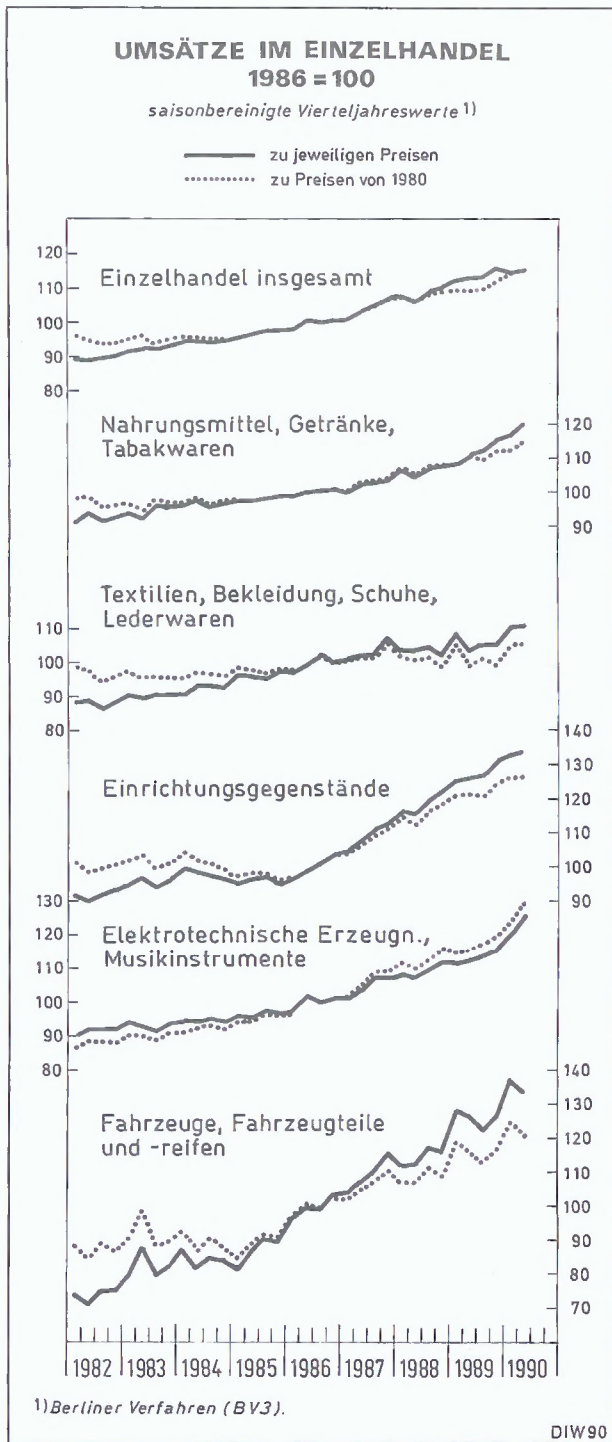
³ Das Statistische Bundesamt weist diese Käufe — anders als noch im ersten Quartal — nun wieder nach dem Konzept der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nach, d.h. die Transaktionen im innerdeutschen Verkehr werden der Ausfuhr bzw. Einfuhr zugerechnet.

Der private Verbrauch in der Bundesrepublik Deutschland

Verwendungszwecke	1989	Ursprungswerte					Saisonbereinigte Werte ⁸⁾				
		II	III	IV	I	II ⁷⁾	II	III	IV	I	II ⁷⁾
Mrd. DM zu jeweiligen Preisen											
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	264,84	65,53	66,32	71,75	65,71	70,25	65,8	66,5	68,2	68,8	70,4
Kleidung, Schuhe	100,98	23,83	22,87	31,82	23,52	25,69	24,9	25,2	25,5	26,3	26,7
Wohnungsmieten ²⁾	192,24	47,70	48,24	48,95	50,05	50,56	47,7	48,4	49,1	49,8	50,6
Haushaltsenergie ³⁾	49,66	11,00	11,53	14,52	14,15	11,83	12,2	12,7	13,3	13,2	13,1
Haushaltsführung	113,15	27,08	26,93	32,57	28,67	29,22	28,0	28,5	28,9	29,7	30,1
Gesundheits- u. Körperpflege	58,90	14,52	14,60	15,28	15,14	15,10	14,7	14,8	14,9	15,2	15,3
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	193,42	52,53	46,38	48,82	49,07	53,64	48,4	47,3	49,6	51,1	49,5
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	118,28	26,78	28,24	35,60	29,57	28,84	29,0	29,7	30,4	30,8	31,1
Persönl. Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	84,82	20,92	21,65	22,84	21,04	22,72	20,9	21,4	21,9	22,2	22,7
Privater Verbrauch ⁵⁾	1211,29	298,68	299,88	328,05	303,80	317,79	300,7	303,1	309,5	316,0	319,7
Veränderung in vH gegenüber											
Vorjahr						Vorquartal					
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	5,1	6,2	4,7	6,8	7,3	7,2	2,0	1,1	2,6	0,8	2,4
Kleidung, Schuhe	2,5	1,4	1,6	2,5	4,7	7,8	-2,9	1,2	1,1	3,4	1,5
Wohnungsmieten ²⁾	5,7	5,9	5,8	5,5	5,7	6,0	1,4	1,4	1,4	1,4	1,6
Haushaltsenergie ³⁾	5,1	3,2	7,6	13,2	12,2	7,5	9,4	3,6	4,7	-0,2	-1,3
Haushaltsführung	5,5	6,3	5,6	4,9	7,9	7,9	0,5	1,8	1,6	2,7	1,4
Gesundheits- u. Körperpflege	1,8	3,3	1,3	-0,5	4,4	4,0	0,9	0,4	0,6	2,3	0,7
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	7,9	9,5	3,1	8,4	7,4	2,1	-1,0	-2,3	4,8	3,1	-3,1
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	3,6	4,2	3,7	3,7	6,9	7,7	-0,4	2,2	2,4	1,3	1,0
Persönl. Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	7,7	7,3	7,4	8,2	8,4	8,6	1,7	2,1	2,6	1,5	2,2
Privater Verbrauch ⁵⁾	4,9	5,7	4,1	5,1	6,7	6,4	0,7	0,8	2,1	2,1	1,2
Mrd. DM zu Preisen von 1980											
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	221,94	54,78	55,60	59,78	53,90	56,97	55,4	55,6	56,5	56,6	57,5
Kleidung, Schuhe	80,80	19,09	18,30	25,35	18,69	20,35	20,0	20,2	20,2	21,0	21,2
Wohnungsmieten ²⁾	142,03	35,35	35,52	35,81	36,27	36,34	35,4	35,6	35,9	36,1	36,3
Haushaltsenergie ³⁾	44,11	9,50	10,53	12,90	12,52	10,49	10,9	11,4	11,5	11,8	11,9
Haushaltsführung	91,40	21,93	21,70	26,13	22,92	23,20	22,7	23,0	23,2	23,8	24,0
Gesundheits- u. Körperpflege	44,01	10,86	10,89	11,36	11,22	11,13	11,0	11,0	11,0	11,3	11,3
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	154,26	41,47	37,02	38,91	38,56	42,44	38,3	37,8	39,2	40,3	39,4
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	100,24	22,72	24,02	30,05	24,55	24,08	24,7	25,1	25,5	25,8	26,1
Persönl. Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	62,49	15,43	15,91	16,76	15,14	16,23	15,4	15,7	16,0	16,1	16,2
Privater Verbrauch ⁵⁾	963,80	236,16	238,03	261,18	238,13	246,71	239,5	240,9	243,9	248,2	250,0
Veränderung in vH gegenüber											
Vorjahr						Vorquartal					
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	2,9	4,2	2,3	3,9	4,1	4,0	1,5	0,3	1,6	0,2	1,7
Kleidung, Schuhe	1,2	0,2	0,4	1,2	3,5	6,6	-3,4	1,0	0,3	3,8	1,0
Wohnungsmieten ²⁾	2,6	2,4	2,7	2,9	2,6	2,8	0,6	0,8	0,7	0,4	0,8
Haushaltsenergie ³⁾	-4,4	-6,4	0,1	1,5	12,0	10,4	11,0	5,1	1,0	2,0	1,0
Haushaltsführung	3,9	4,8	3,8	3,0	5,9	5,8	-0,1	1,1	0,9	2,7	0,8
Gesundheits- u. Körperpflege	-2,6	-1,5	-3,0	-4,2	2,9	2,5	0,4	-0,3	0,0	2,7	0,1
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	2,8	3,2	-1,3	3,7	4,6	2,3	-2,8	-1,5	3,9	2,8	-2,3
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	2,3	3,0	2,0	2,1	4,7	6,0	-0,7	1,5	1,8	1,0	1,2
Persönl. Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	4,7	4,0	4,5	5,5	5,2	5,2	0,6	1,6	2,0	0,6	0,9
Privater Verbrauch ⁵⁾	1,7	2,2	1,1	1,9	4,2	4,5	-0,2	0,6	1,2	1,8	0,7
Preisentwicklung ⁶⁾ : Veränderung in vH gegenüber											
Vorjahr						Vorquartal					
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	2,2	1,9	2,4	2,7	3,1	3,1	0,5	0,8	1,0	0,7	0,6
Kleidung, Schuhe	1,3	1,3	1,2	1,3	1,2	1,1	0,4	0,3	0,3	0,2	0,3
Wohnungsmieten ²⁾	3,1	3,4	3,1	2,6	3,0	3,1	0,8	0,6	0,6	1,0	0,9
Haushaltsenergie ³⁾	10,0	10,3	7,5	11,5	0,2	-2,6	1,0	-1,8	2,6	-1,9	-1,7
Haushaltsführung	1,6	1,4	1,7	1,8	1,9	2,0	0,5	0,6	0,4	0,4	0,6
Gesundheits- u. Körperpflege	4,5	4,8	4,5	3,9	1,4	1,4	0,6	0,5	0,4	-0,3	0,7
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	5,0	6,1	4,5	4,5	2,6	-0,3	1,3	-0,3	0,9	0,4	-1,3
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1,3	1,1	1,7	1,6	2,1	1,6	0,3	0,7	0,4	0,6	-0,1
Persönl. Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	2,9	3,2	2,8	2,6	3,0	3,3	0,8	0,4	0,5	1,1	1,1
Privater Verbrauch ⁵⁾	3,2	3,4	3,0	3,1	2,4	1,9	0,8	0,2	0,7	0,6	0,3

¹⁾ Einschließlich Verzehr in Gaststätten. — ²⁾ Einschließlich Mietwert der Eigentümerwohnungen. — ³⁾ Elektrizität, Gas, Brennstoffe. — ⁴⁾ Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes, der Banken, der Versicherungen u.a. — ⁵⁾ Der private Verbrauch setzt sich zusammen aus den nach Verwendungszwecken unterteilten Käufen der privaten Haushalte im Inland (Inlandskonzept der VGR), dem Eigenverbrauch der Organisationen ohne Erwerbszweck und dem sogenannten Reisesaldo, d.h. dem privaten Verbrauch von Inländern in der übrigen Welt abzüglich des privaten Verbrauchs von Gebietsfremden im Inland. — ⁶⁾ Auf der Basis 1980=100. Preisentwicklung nach VGR. — ⁷⁾ Vorläufige Berechnung des DIW. — ⁸⁾ Nach dem Berliner Verfahren (BV3). Die absoluten Werte wurden gerundet.

Quellen: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes. Vierteljährliche Aufteilung nach Verwendungszwecken: Berechnung des DIW. Abweichung in den Summen durch Rundung der Zahlen.



Im Gefolge der im vergangenen Jahr wirksam gewordenen Strukturreform im Gesundheitswesen war die Nachfrage nach Gütern der *Körper- und Gesundheitspflege* durch einen unsteten Verlauf gekennzeichnet. Nach dem äußerst kräftigen realen Anstieg im ersten Quartal war zuletzt Stagnation zu registrieren, so daß sich im Vergleich zum Vorjahr nur ein unterdurchschnittlicher Zuwachs von 2 1/2 vH errechnet. Der leichte Preisrück-

gang zu Jahresbeginn setzte sich zwar nicht fort, doch hielten sich die Preiserhöhungen in Grenzen, und der Abstand zum Vorjahr blieb mit 1 1/2 vH gering.

Der zu Jahresanfang stark expansiven Entwicklung im Verwendungszweck *Verkehr und Nachrichtenübermittlung* folgte im Berichtsquartal eine Abschwächung, die die Nachfrage etwa wieder auf das Niveau vom Jahresende 1989 zurückfallen ließ. Der Rückgang der Pkw-Neuzulassungen um 11 vH gegenüber dem ersten Jahresviertel bestimmte weitgehend diese Entwicklung. Dieses Quartalsergebnis sollte aber nicht als beginnende Abkühlung interpretiert werden, wie die hohen Zulassungszahlen für Juli zeigen.

Während die Preisentwicklung in diesem Nachfragebereich im vergangenen Jahr noch deutlich nach oben gerichtet war (Jahresdurchschnitt 5 vH), hat sich die zu Beginn dieses Jahres einsetzende Abflachung verstärkt fortgesetzt, so daß das Preisniveau vom ersten Quartal um fast 1 1/2 vH unterschritten wurde; auch im Vorjahresvergleich errechnet sich ein leichtes Minus. Maßgeblichen Anteil daran hatten die seinerzeit rückläufigen Kraftstoffpreise (fast 7 vH unter denen im Vorjahr), doch auch die nur mäßigen Preiserhöhungen bei Personenkraftwagen (1 1/2 vH) dämpften die Entwicklung. Inzwischen hat sich hier aber durch die jüngsten Preissprünge bei Mineralölprodukten das Bild erheblich gewandelt.

Die seit der Jahresmitte 1989 stabile Aufwärtsentwicklung der Ausgaben für Güter der *Bildung, Unterhaltung, Freizeit* setzte sich im zweiten Jahresviertel fort, hier mit einem Zuwachs von 1 vH. Aufgrund der beständigen Expansion ergeben sich im Vorjahresvergleich beträchtliche Mehrausgaben (fast 8 vH). Die nominale Entwicklung ging mit einem kräftigen realen Wachstum einher, da die Preisentwicklung in diesem Bereich wie schon seit langem in ruhigen Bahnen verlief.

Bei einer Differenzierung nach Branchen zeigen sich nur Unterschiede in der Größenordnung der Absatzsteigerungen. An vorderer Stelle sind dabei Spielwaren und Güter der Unterhaltungselektronik zu nennen, die außerordentlich lebhaft nachgefragt wurden und den realen Umsatz der entsprechenden Branchen sprunghaft — um ein Viertel bzw. ein Fünftel im Vorjahresvergleich — steigen ließen. Eine ähnliche Situation ergab sich bei den Käufen von Büromaschinen, hier vor allem von Computern.

Die Nachfrage im Verwendungszweck *persönliche Ausstattung, sonstige Waren und Dienstleistungen* ist seit vielen Jahren sehr robust, insbesondere wegen des hohen Anteils der von konjunkturellen Schwankungen kaum tangierten Dienstleistungen von Banken und Versicherungen. Mit der realen Ausweitung im zweiten Jahresviertel um rund 1 vH wurde das Vorjahrsniveau um reichlich 5 vH übertroffen. An dieser expansiven Entwicklung waren auch Güter der persönlichen Ausstattung wie Uhren und Schmuck (+10 vH) beteiligt. Der Preisauftrieb in diesem Verwendungszweck war — gemessen an der

Verteuerung der Lebenshaltung — überdurchschnittlich; der Quartalsanstieg um 1 vH ließ den Abstand zum Vorjahr auf fast 3½ vH zunehmen.

Ausblick auf das dritte Quartal

Die Voraussetzungen für ein Andauern der lebhaften Konsumnachfrage in nächster Zeit sind insgesamt günstig. Nach Inkrafttreten der Währungsunion zur Jahresmitte verstärkten sich die Käufe von DDR-Bürgern in der Bundesrepublik noch, teils wegen einiger Versorgungsengpässe in der DDR, teils wegen der dort anfangs überhöhten Preise. Durch den Umtausch der DDR-Sparkonten in D-Mark erhielt die Autokonjunktur besonders starke Impulse, wie das Ergebnis bei den Pkw-Neuzulassungen im Juli — ein Fünftel über dem Vorjahrsniveau — verdeutlicht. Zwar richtete sich das Interesse der DDR-Käufer vielfach auf Gebrauchtwagen, doch wurden dadurch viele Autobesitzer in der Bundesrepublik veranlaßt, früher als geplant auf einen Neuwagen umzusteigen. Der allgemein große Nachholbedarf der Verbraucher in der DDR führte auch in anderen Branchen zu merklichen Absatzsteigerungen; ebenso dürfte er nicht unwesentlich zur guten

Bilanz des Sommerschlußverkaufs beigetragen haben. All dies schlug sich in einem überaus kräftigen Zuwachs des realen Einzelhandelsumsatzes im Juli — er war um 14 vH höher als im gleichen Vorjahresmonat — nieder.

Getrübt wird das insgesamt positive Bild durch die Golfkrise; die spürbare Verteuerung von Heizöl und Kraftstoffen führte zu einem sprunghaften Anstieg des Preisindex der Lebenshaltung binnen Monatsfrist (Juli +2,4 vH, August +2,8 vH im Vergleich zum Vorjahr). Ob daraus eine dauerhafte Belastung des bisher ruhigen Preisklimas resultiert, bleibt indes abzuwarten.

Mögliche Risiken im Zusammenhang mit der Finanzierung der deutschen Einheit haben sich bisher nicht auf die allgemeine Verbraucherstimmung ausgewirkt, wie die stabile Entwicklung des diese Stimmung messenden Konsumklima-Index⁴ auch nach der Jahresmitte zeigt. Ebenso zuversichtlich ist der Einzelhandel hinsichtlich seines Absatzes in der zweiten Jahreshälfte. Demzufolge wäre für das dritte Quartal mit einer weiteren Ausweitung der realen Verbrauchsnachfrage zu rechnen. Bei einer Zunahme um 1 vH würde das Niveau vom entsprechenden Vorjahreszeitraum um rund 5 vH übertroffen werden.

⁴ Berechnet von der Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung (Nürnberg) im Auftrag der EG-Kommission.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A 5.

- Nr.125 **Maßnahmen für eine sichere und umweltverträgliche Energieversorgung.** Von Urs Dolinski und Hans-Joachim Ziesing unter Mitarbeit von Klaus-Dieter Labahn. 379 S. 1978. DM 148,—.
- Nr.126 **Zur Lage und Entwicklung der deutschen Filmwirtschaft.** Von Burkhard Dreher. 93 S. 1978. DM 32,80.
- Nr.127 **Neuberechnung der Wegekosten im Verkehr für das Jahr 1975.** Von Heinz Enderlein. 48 S. 1978. DM 18,60.
- Nr.128 **Regionalplanung und regionale Wirtschaftsstruktur in der Deutschen Demokratischen Republik.** Von Angela Scherzinger und Herbert Wilkens. 89 S. 1979. DM 33,60.
- Nr.129 **Das Kaufkraftverhältnis zwischen D-Mark und Mark (DDR). Eine Neuberechnung.** Von Charlotte Otto-Arnold. 76 S. 1979. DM 24,60.
- Nr.130 **Industrielle Strukturprobleme und sektorale Strukturpolitik in der Europäischen Gemeinschaft.** Von Fritz Franzmeyer. 160 S. 1979. DM 59,60.
- Nr.131 **Zur Interdependenz der Bevölkerungs- und Arbeitsplatzentwicklung.** Grundlagen eines simultanen interregionalen Modells für die Bundesrepublik Deutschland. Von Herwig Birg. 290 S. 1979. DM 118,—.
- Nr.132 **Zum Problem der Substitutionsmöglichkeit von Mineralölprodukten durch andere Energieträger — dargestellt am Beispiel eines Bundeslandes.** Von Urs Dolinski und Klaus-Dieter Labahn. 106 S. 1980. DM 44,60.
- Nr.133 **Möglichkeiten der künftigen Strombedarfsdeckung in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Eckhard Casser, Jörg-Peter Weiß und Hans-Joachim Ziesing. 131 S. 1980. DM 55,30.
- Nr.134 **Lohnentwicklung und Lohnpolitik als Bestimmungsgründe konjunktureller Verläufe und struktureller Verschiebungen.** Von Hans-Peter Basler. 102 S. 1981. DM 44,80.
- Nr.135 **Elemente regionaler Wohnungsmarktmodelle und offene Fragen der Wohnungsmarktanalyse.** Von Bernd Bartholmai. 43 S. 1982. DM 22,60.
- Nr.136 **Entwicklung und Struktur des deutsch-sowjetischen Handels — Seine Bedeutung für die Volkswirtschaften der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion.** Von Jochen Bethkenhagen und Heinrich Machowski. 83 S. 1982. DM 44,—.
- Nr.137 **Berechnung der Kosten für die Wege des Eisenbahn-, Straßen-, Binnenschiffs- und Luftverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1981.** Von Heinz Enderlein. 59 S. 1983. DM 22,60.
- Nr.138 **Die Bedeutung des innerdeutschen Handels für die Wirtschaft der DDR.** Von Doris Cornelsen, Horst Lambrecht, Manfred Melzer und Cord Schwartau. 203 S. 1983. DM 84,—.
- Nr.139 **Beurteilung der Wirtschaftlichkeitsschwelle und Analyse der Produktionskapazitäten bei neuen Technologien zur Energieeinsparung in mittel- und längerfristiger Sicht.** Von Hans-Joachim Ziesing. 458 S. 1983. DM 198,—.
- Nr.140 **Neuorientierung in den Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Entwicklungsländern.** Von Fritz Franzmeyer, Hans J. Petersen (Hrsg.). 251 S. 1984. DM 44,60.
- Nr.141 **Messen und Ausstellungen als expansive Dienstleistungen.** Von Uwe Müller. 100 S. 1985. DM 22,60.
- Nr.142 **Präferenzregelung der Forschungs- und Entwicklungsförderung in Berlin.** Von Kurt Hornschild. 68 S. 1985. DM 19,80.
- Nr.143 **Regionale Beschäftigungsentwicklung und produktionsorientierte Dienstleistungen.** Von Franz-Josef Bade. 280 S. 1987. DM 56,—.
- Nr.144 **Der Beitrag der Europäischen Gemeinschaft zur Bekämpfung des Hungers in der Welt.** Von Peter Hrubesch und Siegfried Schultz (Hrsg.). 259 S. 1987. DM 54,—.
- Nr.145 **Die Beseitigung von Steuergrenzen in der Europäischen Gemeinschaft — Vorteile und Probleme einer Harmonisierung von Mehrwertsteuer und Verbrauchsteuern im europäischen Binnenmarkt.** Von Rüdiger Parsche, Bernhard Seidel und Dieter Teichmann unter Mitarbeit von Georg Erber und Hansjörg Haas. 468 S. 1988. DM 82,60.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33

Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00

BTX-Systemnummer + 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevalerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Hans Heuer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Zur Wirtschaftslage:

Ölkrise — Gefahr für die Weltkonjunktur? Bearbeitet von Bernhard Seidel, Manfred Teschner und Joachim Volz.

Weltölmarkt im Zeichen der Golfkrise. Bearbeitet von Manfred Horn.

Gesplittene Wirtschaftsentwicklung in Deutschland. Bearbeitet von Heiner Flassbeck.

Konsumnachfrage weiter auf hohem Niveau — Der private Verbrauch in der Bundesrepublik Deutschland im zweiten Quartal 1990. Bearbeitet von Jochen Schmidt.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 125,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten